

**„DEUTSCHLAND BRAUCHT  
MOBILITÄT STATT STILLSTAND„**

**Gemeinsame Erklärung von  
45 Verbänden  
gegen Kürzungen von Investitionen in  
Bundesverkehrswege  
in den Haushaltsjahren 2005 bis 2008**

Mobilität hat über viele Jahrzehnte entscheidend zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen. Sie bleibt für unsere global vernetzte Volkswirtschaft in einer erweiterten Europäischen Union mehr denn je gefragt. Einem wettbewerbsfähigen Deutschland bietet diese Entwicklung Chancen für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung. Ohne leistungsfähige Verkehrswege als Lebensadern unserer Mobilität wird dies nicht möglich sein.

Dennoch will die Bundesregierung die Investitionen in die Fernstraßen, Schienenwege und Wasserstraßen in den Jahren 2005 bis 2008 drastisch senken: Danach sollen im Jahr 2005 nur noch 8 Milliarden Euro und in den Folgejahren 7,6 Milliarden Euro für Erhalt und Ausbau bereitgestellt werden. Die ohnehin knappen Finanzierungsansätze des erst im Juli 2003 verabschiedeten Bundesverkehrswegeplans würden damit um 25 Prozent unterschritten. Ein solcher Tiefpunkt der Investitionspolitik gefährdet die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen und bringt den erforderlichen Ausbau weitgehend zum Erliegen. Diese Finanzpolitik verzichtet auf langfristige Wachstumsimpulse guter Infrastruktur.

- Die Bevölkerung will auch künftig mobil sein. Mobilität ist Symbol der Freiheit und für die Nutzung von Bildungschancen und die Berufsausübung von elementarer Bedeutung.
- Die Wirtschaft braucht leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrswege. Ohne zusätzlichen Güterverkehr wird die Wirtschaft nicht wachsen. Eine attraktive Verkehrsinfrastruktur verbessert die Qualität des Standortes Deutschland. Sie ist Basis für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Deutschland muss seine Verantwortung als europäische Verkehrsdrehscheibe wahrnehmen. Wir profitieren besonders vom gemeinsamen Markt und dürfen die europäische Wirtschaftsentwicklung nicht durch vernachlässigte Verkehrswege bremsen.
- Schon heute zeigen Staus und Verspätungen die begrenzten Kapazitäten unserer Verkehrswege. Auf den Aus- und Neubau der Verkehrswege sowie deren technische Modernisierung kann nicht verzichtet werden, wenn unsere Gesellschaft mobil und unsere Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleiben will.
- Der Substanzverzehr der Infrastruktur muss gestoppt werden, wenn auch künftig ein funktionsfähiges Verkehrssystem zur Verfügung stehen soll. Bundesregierung und

Bundestag haben den Handlungsbedarf erkannt. Jetzt müssen Taten folgen. Mit dem geplanten Investitionsniveau lassen sich die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen nicht umsetzen.

- Nachhaltiges Handeln in der Verkehrspolitik erfordert, dass der Bund im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zu höherer Sicherheit, Lärmentlastung und einer effizienten Nutzung der Energie beiträgt. Mit den jetzt geplanten Kürzungen werden beispielsweise Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von deutschen Bundeswasserstraßen für die Binnenschifffahrt, die Entmischung von Personen- und Güterverkehr bei der Schiene („Netz 21“) oder der Bau von Umgehungsstraßen und Standstreifen auf Autobahnen in Frage gestellt.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

1. Investitionen in die Verkehrswege als „Zukunftsinvestitionen“ für Deutschland zu verstärken,
2. die Neu- und Ausbauprojekte des von ihr am 3. Juli 2003 vorgelegten Bundesverkehrswegeplans bis 2015 vollständig umzusetzen,
3. das von der Länderverkehrsministerkonferenz am 25. Februar 2004 geforderte jährliche Investitionsniveau von 5,8 Milliarden Euro für Fernstraßen, 4 Milliarden für Schienenwege und 0,6 Milliarden Euro für Wasserstraßen bereitzustellen.

Unterzeichner dieser Erklärung sind:

- Allgemeiner Deutscher Automobilclub (ADAC)
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV)
- Automobilclub von Deutschland e.V. (AvD)
- BDLI Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.
- Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.
- Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e.V. (BDB)
- Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (BDE)
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
- Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)
- Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V. (BDZ)
- Bundesverband der öffentlichen Binnenhäfen e.V. (BöB)
- Bundesverband der Selbständigen, Abteilung Binnenschifffahrt e.V.
- Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V. (BGA)
- Bundesverband Deutscher Omnibus-Unternehmer e.V. (bdo)
- Bundesverband Deutscher Postdienstleister e.V. (BdVP)
- Bundesverband freier Tankstellen und unabhängiger Deutscher Mineralölhändler
- Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V. (BGL)
- Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e.V. (BIEK)
- Bundesverband Werkverkehr und Verloader e.V. (BWV)
- Deutscher Asphaltverband e.V. (DAV)
- Deutscher Gießereiverband
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
- Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV)
- Deutscher Speditions- und Logistikverband e.V. (DSLTV)
- Deutsches Verkehrsforum e.V.
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.
- Mehr Bahnen! Vereinigung für Wettbewerb im Schienenverkehr e.V.
- Mineralölwirtschaftsverband e.V.
- Netzwerk Privatbahnen
- Pro Bahn e.V., LV Berlin/Brandenburg e.V.
- Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur
- RDA Internationaler Bustouristik Verband e.V.
- Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)
- Verband der Bahnindustrie in Deutschland e.V. (VDB)

- Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)
- Verband der Kraftfahrzeugimporteure (VDIK)
- Verband Deutscher Papierfabriken e.V. (VDP)
- Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V. (VSM)
- Verein der Zuckerindustrie e.V.
- Wirtschaftsvereinigung Stahl e.V.
- Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe e.V. (ZDS)
- Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. (ZDB)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)
- Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes e.V. (ZDK)
- Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) e.V.